Heute „Ull“ **Morgen-Ausgabe** Mit farbig illustriertem „Ull“ 20 Pfg.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „Illustrierte Film-Zeitung“, „Photo-Spiegel“, „U.T.“, „Haus und Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentlich 1,20, monatlich 5 R.M einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5 R.M monatlich exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexped. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband d. d. Exped. d. Bl. möglich. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3462, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla“, Berlin. Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. **Anzeigenpreis:** Die 12gespalt. Zeile 1,25 R.M. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: **Theodor Wolff in Berlin.**

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 135; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 50; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 38; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Hackhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Bülowstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 16; Greifswalder Straße 197; Hennstr. 1; Müllerstr. 155; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 9; Kantstraße 54; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hohenzollernplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Brette Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 147; Treptow: Kriillstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: **Rudolf Mosse in Berlin.**

Berliner Tageblatt

Nr. 22
Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

56. Jahrgang
Freitag, 14. Januar 1927

Gewissensfragen an die Deutschnationalen

Erkennen sie die Locarno-Politik an und bekennen sie sich zur Weimarer Verfassung?

Die letzten Versuche Dr. Curtius'.

Heute nachmittag nach Eingang der deutschnationalen Antwort entscheidende Sitzung der Zentrumspartei.

Der gestrige Tag hat die erwartete Entscheidung nicht gebracht. Die Verhandlung zwischen den Beauftragten des Zentrums einerseits, Dr. Stresemann und Dr. Curtius andererseits hat fast drei Stunden in Anspruch genommen. Erst nach 8 Uhr kehrten die Zentrumsabgeordneten v. Guérard und Dr. Stegerwald in den Reichstag zurück. Sie berichteten ganz kurz den Mitgliedern der Zentrumsfraktion des Reichstags darüber, **daß man in der Unterredung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis gekommen ist.** Der Verlauf der Besprechung war etwa der folgende: Die Herren v. Guérard und Stegerwald haben auftragsgemäß die außenpolitischen und innenpolitischen Bedenken gegen die von Dr. Curtius in Aussicht genommene Regierungsbildung vorgetragen. Sie sind dabei, wie wir hören, weniger auf Einzelfragen gekommen, als auf die prinzipielle Erörterung der Frage eines Zusammengehens mit den Deutschnationalen. **Dr. Curtius, der von dem Reichspräsidenten beauftragte Unterhandlungsführer, war ebensowenig wie Außenminister Dr. Stresemann in der Lage, die Bedenken des Zentrums zu zerstreuen oder auch nur herabzumindern,** gab aber gleichwohl die Hoffnung noch nicht auf, daß sich zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen doch noch eine Brücke werde schlagen lassen. Nach allem, was über den Inhalt der Unterredung verlautet, **scheint sich Dr. Stresemann die Bedenken des Zentrums gegen eine Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung nicht in präziser Form zu eigen gemacht zu haben.** Denn sonst wäre eine weitere Verhandlungsführung des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius unnötig.

Unnötig wäre sonst vor allem eine nochmalige Fühlungnahme mit den Deutschnationalen. Dr. Curtius ist der Auffassung, daß die grundsätzlichen Bedenken, die das Zentrum vorgebracht hat, von den Deutschnationalen selbst zerstreut werden könnten. Er hat deshalb für heute vormittag eine Besprechung mit den Führern der deutschnationalen Reichstagsfraktion in Aussicht genommen. **Bei dieser Gelegenheit dürfte Dr. Curtius von den Deutschnationalen einen klaren Bescheid verlangen, ob sie bereit sind, vor Eintritt in die eigentlichen Regierungsverhandlungen bestimmte unzweideutige Erklärungen hinsichtlich der Locarno- und Völkerbundspolitik sowie hinsichtlich ihrer Stellung zur Verfassung abzugeben.** Dr. Curtius hat offenbar erkannt, daß allein bei einem positiven Ergebnis seiner Intervention bei den Deutschnationalen weitere Verhandlungen mit dem Zentrum noch einen Zweck haben könnten. In politischen Kreisen rechnet natürlich kein Mensch mit der Möglichkeit, daß die Deutschnationalen eine Erklärung abgeben könnten, die das Zentrum befriedigen würde. Dr. Curtius hat den Unterhändlern des Zentrums zugesagt, sie bis heute nachmittag über das Ergebnis seiner Fühlungnahme mit den Deutschnationalen zu unterrichten. Für nachmittags 5 Uhr ist deshalb eine neue Vollsitzung der Zentrumsfraktion anberaumt, und in dieser Fraktionssitzung wird die endgültige Entscheidung der Zentrumspartei fallen.

Es ist also dem Zentrum gestern offenbar noch nicht gelungen, Dr. Stresemann dazu zu bewegen, die Rechtstendenzen seiner politischen Freunde abzustoppen. Gleichwohl aber scheint es, daß die letzten Bemühungen um den Rechtsblock, die Dr. Curtius heute noch unternimmt, den endgültigen Beweis erbringen werden, daß sie zwecklos gewesen sind. Es ist also nunmehr damit zu rechnen, **daß Dr. Curtius, wenn das Zentrum seinen endgültigen Beschluß gefaßt haben wird, im Laufe des heutigen Abends sich genötigt sehen wird, seinen Auftrag an den Reichspräsidenten zurückzugeben.** Wie wir bereits angekündigt haben, dürfte dann an Dr. Stegerwald der Ruf ergehen, das neue Kabinett zu bilden. Nach welcher Richtung er seine Klärungsversuche dann unternehmen wird, darüber sollte wohl kein Zweifel mehr möglich sein. Der heutige Tag wird wohl endgültig die Lage so weit klären, daß weitere Schritte nach rechts als völlig aussichtslos erscheinen, und daß damit der Weg für eine Regierung der Mitte freigeworden ist, die eine Verbreiterung ihrer parlamentarischen Basis nur bei der Sozialdemokratie suchen könnte.

*

Der **Aeltestenrat des Reichstags** ist zu heute nachmittag 4 Uhr einberufen worden, um die politische Lage zu besprechen und darüber zu entscheiden, ob die nächste Plenarsitzung, wie in Aussicht genommen war, schon am nächsten Mittwoch, den 19. Januar, stattfinden kann.

Die Gründe der Zentrumsabsage.

Die Arbeitslosenfrage und die Sozialpolitik.

Da die deutschnationale Presse weiter so tut, als ob der Beschluß des Zentrums keine eindeutige Absage an die Deutschnationalen bedeute, so legt die „Germania“ noch einmal den entscheidenden Grund für die ablehnende Haltung des Zentrums gegenüber einer Bindung nach rechts dar:

So gut wie es im Jahre 1925 untunlich schien, den Zolltarif, der die Grundlage der abzuschließenden Handelsverträge bildet, ohne Mitwirkung der Deutschnationalen Partei als wichtiger Vertreterin landwirtschaftlicher Interessen durchzubringen, ebenso dringend erwünscht erscheint es im gegenwärtigen Augenblick, da wichtige sozialpolitische Gesetze wie die Erwerbslosenversicherung und das Arbeitsschutzgesetz durchzuberaten sind, die parlamentarische Behandlung dieser Gesetze nicht ohne **Mitwirkung der Sozialdemokratie** vor sich gehen zu lassen, d. h. **jener Partei, in der nun einmal ein sehr großer Teil der deutschen Arbeiterschaft seine Vertretung hat.** Diese Erwägungen erscheinen um so dringender, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Zahl der Arbeitslosen **allein im Dezember um 400 000 Mann zugenommen** hat, daß sie zurzeit **insgesamt 1 Million 745 000 beträgt,** und daß die Arbeiter der ländlichen Gegenden, so z. B. Ostpreußens und Bayerns, noch schwerer von dieser furchtbaren Plage heimgesucht sind als die städtischen Bezirke.“

Wie schon unlängst von einem Zentrumsparlamentarier in der „Germania“ ausgeführt worden ist,“ so schließt das führende Zentrumsorgan, „kann eine einzelne Rede wie diejenige des Abgeordneten Scheidemann, mag sie auch noch so unangebracht gewesen sein, kein ausreichender Grund sein, die ganze Partei, der dieser Abgeordnete angehört, grundsätzlich für regierungsunfähig zu halten. Daher erscheint, wenn sich die Große Koalition als zurzeit nicht erreichbar erweisen sollte, als das Gegebene ein erneuter Versuch der Bildung einer Regierung der Mitte, die allerdings von vornherein Garantien haben müßte für eine vernünftige Haltung der Sozialdemokratischen Partei.“

Zaleskis Redeoffensive.

Die Rechte schlägt ein Bündnis mit Rußland gegen Deutschland und England vor.

Von unserem Korrespondenten

A. E. Michna.

Warschau, 11. Januar.

Wenn man vor zwei oder drei Jahren irgendeinen polnischen Politiker, ganz gleich welchem Lager er angehörte, über die politische Zukunft seines Landes befragte, warf er sich in Positur, sprach mit Pathos von noch „unerfüllten territorialen Forderungen Polens“, von „unerlösten rein polnischen Gebieten“, die sich immer noch in „räuberischen Händen“ befinden sollten, wies auf Danzig, das Oppelner Schlesien und das Masurenland hin, sprach von den „zwei Millionen unterdrückten Polen in Deutschland“ und stampfte mit dem Fuße auf: „Alles muß der polnischen Mutter zurückgegeben werden!“ Stellt man heute an einen polnischen Politiker die gleiche Frage, so blickt er, wenn er dem Linkslager angehört, sorgenvoll in die Ferne, zuckt die Achseln und — schweigt. Gehört er den Rechtsparteien an, so wettert er sofort ungestüm gegen Deutschland los und bedauert nichts so sehr, als „daß Polen die noch vor drei oder vier Jahren ihm so günstige Konjunktur in der Außenpolitik — als Deutschland politisch und wirtschaftlich in Todeszuckungen lag — für sich nicht ausgenutzt habe“. Der Rechtspolitiker hat natürlich die Ruhrbesetzung im Sinn und will es der polnischen Außenpolitik nicht verzeihen, daß damals kein polnisches Militär in Ostpreußen und Danzig einmarschiert sei. Von Sowjetrußland — meint man — wäre damals nichts zu befürchten gewesen, da es von schweren Hungers- und Wirtschaftsnöten geschüttelt wurde und im Innern schlimmer denn je ein neuer Bürgerkrieg drohte; England hätte sich gleichfalls gehütet, Polen in den Arm zu fallen, da es damals noch bedenklich, wenn nicht gar gefährlich gewesen sei, mit Frankreich zu brechen. Mit größter Wehmut gedachte all dieser „verpaßten Gelegenheiten“ noch am letzten Sonntag der Abgeordnete Chacinski, Führer der Christlichdemokratischen Partei, auf dem Parteikongreß. Der größte Teil der polnischen Bevölkerung stellt ähnliche Betrachtungen an. Nur wenige Vernünftige gibt es, die sagen, daß man sich endlich ins Unvermeidliche schicken müsse.

Wie haben sich doch inzwischen die Zeiten geändert!

Das waffenstarrende Polen, das eine Zweimillionenarmee ins Feld schicken kann, glaubt sich plötzlich von dem entwaffneten Deutschland bedroht. Und warum? Einzig und allein, weil entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages die militärische Kontrolle in Deutschland aufgehoben wird, und dann, weil Deutschland, das einige Jahre hindurch Grund hatte, einen Ueberfall von Osten her zu befürchten, seine Ostfestungen nicht verfallen ließ. Es geht den Polen nicht in den Sinn, daß Polens Politik Deutschland vorsichtig machen mußte, und zwar hauptsächlich durch die Art und Weise, wie polnische Militärs Aufstandsbewegungen in „unerlösten Gebieten“, im Wilnaer Bezirk und Oberschlesien als spontane Volksbewegung einzurichten verstanden habe, um hierdurch den Botschafterrat, der noch über verschiedene territoriale Fragen Polens zu entscheiden hatte, vor ein fait accompli zu stellen. Heute wird Polen natürlich keinen Aufstand mehr in irgendeinem seiner Ansicht nach noch „unerlösten Gebiete“ seiner Nachbarn wagen, denn das könnte ihm teuer zu stehen kommen. Man täuscht sich nicht mehr darüber, daß man durch solche Torheit die ganze Zukunft des Landes leichtfertig aufs Spiel setzen würde. Denn die politische und wirtschaftliche Konsolidierung in Deutschland macht große Fortschritte, während Polens wirtschaftliche Zukunft immer noch stark in Frage gestellt ist. Außerdem weiß man hierzulande, daß die rote Armee Sowjetrußlands heute ganz anders ausgerüstet ist, als im Jahre 1920, wo sie von Warschau zurückfluten mußte, weil sie keine Munition mehr für die Gewehre, geschweige denn für die Geschütze besaß. Wohl hat Polen selber starke militärische Rüstungen getroffen. Doch läßt man hier nicht außer acht — das tragische Beispiel Oesterreichs zwingt dazu —, daß die polnische Armee fast zu 35 Prozent sich aus Soldaten der fremden Nationalitäten zusammensetzt die Polen bekanntlich immer noch sehr schlecht behandelt. Das eigene böse Gewissen flüstert darum jedem Polen ein, daß diese Heeresteile in Kriegszeiten eine ebenso schwere Gefahr darstellen können, wie seinerzeit die Tschechen im österreichischen Heere. Aus diesem Bewußtsein der eigenen Unsicherheit und Ohnmacht entspringt Polens Bedürfnis, bombastische Redensarten von leidenschaftlicher Friedensliebe in alle Welt hinauszuposaunen und zugleich vor dem angeblichen gefährlichen Streben Deutschlands nach einem neuen Kriege zu warnen.

Das geschieht sogar von offizieller Stelle. Die beiden letzten Reden des Außenministers Zaleski, der bekanntlich der ergebenste Vollstrecker aller außenpolitischen Anordnungen des Marschalls Pilsudski ist, gehören in dieses Kapitel. Zuerst, Mitte vergangener Woche, klagte er im Parlament in dunklen Worten über „gewisse beunruhigende Tendenzen in Deutschland“. Die

Die gespannte Lage in Schanghai.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 13. Januar.

In Schanghai ist eine Reihe chinesischer Angestellter der Straßenbahn in den Ausstand getreten, um hierdurch die Agitatoren zu unterstützen, die die Besetzung der internationalen Konzessionen fordern. Man befürchtet, daß außer der gestern gemeldeten Ermordung eines chinesischen Angestellten der Straßenbahn noch mehrere Chinesen, die mäßigend wirken wollten, von dem gleichen Schicksal ereilt wurden. Auch in einigen Warenhäusern sind Ausstände zu verzeichnen. Um für alle Fälle gerüstet zu sein, hat die Polizei die Fremdenkonzessionen mit Barrikaden und Stacheldraht abgesperrt. Besondere Vorsichtsmaßnahmen wurden zur Sicherung der Landungsplätze getroffen. Wie „Evening News“ aus Hankau erfahren, sei jetzt die Hauptsorge der Ausländer dem Abtransport der europäischen Bevölkerung aus dem Innern des Landes gewidmet. Wegen des niedrigen Wasserstandes der Flüsse müssen diese Reisen vielfach in Sänften zurückgelegt werden, was mit großen Gefahren verbunden sei.

Doumer der neue Senatspräsident?

Seine Wahl so gut wie gesichert.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 13. Januar.

Die verschiedenen Gruppen des Senats traten heute nachmittag zusammen, um ihre Kandidaten für die Wahl des Senatspräsidenten zu bestimmen. Die demokratische Linke (Sozialistischradikale) erklärte sich für die Kandidatur des früheren Finanzministers Doumer. Die neugebildete sozialistische Fraktion beschloß für den Kandidaten der demokratischen Linken (Doumer) zu stimmen, als Dank dafür, daß die Sozialistischradikalen in der Kammer ihre Stimme für den Sozialisten Bouisson abgegeben haben. Die Demokratisch-radikale Union wird ebenfalls für Doumer stimmen. Die Republikanische Union, die die Mitglieder des alten Nationalblocks im Senat umfaßt, hat als Kandidaten für den ersten Wahlgang die Senatoren Lebrun und Chéron aufgestellt. Falls bei dem ersten Wahlgang keine Entscheidung erfolgt, muß derjenige der beiden Kandidaten zurücktreten, der die wenigsten Stimmen erhalten hat. Nachdem aber die Gruppen der Linken und der Gemäßigten für Doumer stimmen, ist dessen Wahl zum Senatspräsidenten so gut wie gesichert.